um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Die Gegenstimmen, bitte! – Das sind die CSU, die FREIEN WÄHLER, das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Frau Claudia Stamm. Gibt es Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die **Tagesordnungspunkte 12 und 13** auf:

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Selbstbestimmtes Leben im Alter I - Stärkere Förderung von generationenübergreifenden Wohnformen (Drs. 17/14222)

und

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Selbstbestimmtes Leben im Alter II - Konzept "Wohnen für Hilfe" weiter vorantreiben! (Drs. 17/14426)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Der erste Redner ist der Kollege Fahn. Bitte schön, Herr Kollege Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im ersten Antrag geht es um die stärkere Förderung von generationenübergreifenden Wohnformen. Das können Seniorenhausgemeinschaften, Mehrgenerationenhäuser oder ambulant betreute Wohngemeinschaften sein; da gibt es sehr viele Varianten. Die Zahl der Senioren steigt immer mehr an. Deshalb ist es logisch, dass auch die Nachfrage größer ist als das Angebot. Es existiert eine Umfrage des Sozialministeriums, wonach es in Bayern Ende 2014 nur 47 generationenübergreifende Wohnformen mit 241 Wohnungen gab. Inzwischen sind es etwas mehr, aber insgesamt gesehen ist das für ein Flächenland wie Bayern natürlich viel zu wenig. Das ist eigentlich nicht der Rede wert und nur ein kleiner Anfang. Gerade deshalb müssen wir die generationenübergreifenden Wohnformen ausbauen.

Wir sagen: Nur gemeinsam können Jung und Alt die Probleme der Zukunft lösen. Dafür sind generationenübergreifende Wohnformen wichtig. Das hat auch die Vertreterin des Sozialministeriums am 16.03.2017 im Ausschuss ganz klar gesagt: Aufgrund der demografischen Entwicklung ist der Aufbau alternativer Unterstützungs- und Wohnformen notwendig. Das Sozialministerium begrüßt das sehr stark. Es wurde im Ausschuss nur darüber diskutiert, wie man das fördert, ob es eine bessere finanzielle Förderung oder eher eine stärkere fachliche Beratung sein soll. Da gibt es verschiedene Maßnahmen. Das Ministerium hat gesagt, wichtig wären die Sensibilisierung in der Öffentlichkeitsarbeit und Hinweise in den Kommunen. Es gibt verschiedene Varianten, über die wir diskutiert haben. Eigentlich waren alle dafür, nur hinsichtlich der Mittel waren wir unterschiedlicher Meinung. Wir haben den Antrag deshalb umformuliert, um auch der CSU die Möglichkeit zu geben, ihn zu unterstützen: "Die Staatsregierung wird aufgefordert, generationenübergreifende Wohnformen stärker als bisher zu fördern." Wie das aussieht, ob mit Anschubfinanzierung oder durch mehr fachliche Beratung oder durch die Beratung von Kommunen, da kann die Staatsregierung selbst Schwerpunkte setzen. Wichtig ist der Grundsatzbeschluss: Wir wollen, dass diese Wohnformen stärker gefördert werden. Die Zahlen belegen, dass es viel zu wenig generationenübergreifende Wohnformen gibt. Die Zahlen habe ich vorhin genannt.

In dem zweiten Antrag geht es um das Konzept "Wohnen für Hilfe". Das ist sehr wichtig und gut. Wir haben heute schon sehr viel über Wohnformen, über Bauland und Ähnliches gesprochen. Hier gibt es in Bayern Probleme. Für Studenten ist der Wohnraum knapp. Deshalb ist es wichtig, ein Konzept "Wohnen für Hilfe" zu schaffen. Das Konzept ist genial, weil es das Generationenthema sehr gut anpackt. Junge Studenten oder Auszubildende bekommen von älteren Menschen Wohnraum, zum Beispiel ein Zimmer, zur Verfügung gestellt. Dafür unterstützen sie die älteren Menschen im Alltag, beispielsweise bei Behördengängen oder bei Arbeiten im Haushalt. Eine Faustregel lautet: eine Stunde Hilfe im Monat pro Quadratmeter Wohnraum. Wichtig ist, dass dieses Konzept keine Pflegeleistungen umfasst. Damit es funktioniert, brauchen wir aber eine Rahmenstruktur und damit auch personelle Unterstützung.

In Würzburg beispielsweise gibt es ein Konzept, das von der Katholischen jungen Gemeinde – KjG – der Caritas unterstützt wird. Seit 2011 wurden in Würzburg 100 Wohnpartnerschaften abgeschlossen. Dieses Konzept ist insgesamt gesehen genial. In Zeiten von Wohnungsknappheit ist es ein Win-win-Projekt. Leider ist es aber bisher nur in neun Städten eingeführt, beispielsweise in Würzburg und Aschaffenburg. Wir haben in unserem Antrag die Formulierung "Städte über 100.000 Einwohner" gehabt. Es gibt aber auch viele Städte unter 100.000 Einwohnern, die dieses Konzept anbieten. Deshalb wollen wir diese Formulierung im Antrag streichen. Es soll nicht mehr ab 100.000 Einwohnern gelten, sondern es soll für alle Städte sein, die das Konzept anbieten.

Wir haben das Konzept im Sozialausschuss über die Parteigrenzen hinweg positiv diskutiert. Auch die Vertreterin des Sozialministeriums stellte klar – so steht das auch im Protokoll –, sie stehe in vollem Umfang hinter dem Inhalt des Antrags der FREIEN WÄHLER. Die Dame vom Sozialministerium – sie ist heute auch anwesend – sagte wörtlich: "Das ist eine wunderbare Sache". Wichtig sei Öffentlichkeitsarbeit, um auf das Konzept hinzuweisen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn das so ein gutes Konzept ist, das aber in Bayern noch nicht ausreichend umgesetzt wird, dann müssen wir schauen, welche Maßnahmen wir ergreifen, um die Umsetzung dieses Konzepts in Bayern flächendeckend anzukurbeln. In Würzburg haben wir festgestellt, seit 2011 sind 96 Wohnpartnerschaften entstanden. Sagen wir, es sind 100. Es gibt in Bayern neun interessierte Städte, das wären 900 Wohnpartnerschaften in vier Jahren. Insgesamt betrachtet ist das aber viel zu wenig. Deshalb ist es wichtig, das Konzept "Wohnen für Hilfe" flächendeckend in allen Städten, die das wollen, auszubauen. Dafür brauchen wir das Sozialministerium, wir brauchen aber auch Partner. Das können beispielsweise Kommunen sein. Wir haben aber auch immer gesagt, es ginge auch mit Hilfe interessierter öffentlicher Partner. Deshalb ist es wichtig, dass Sie diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Dr. Fahn. Nächste Rednerin ist Frau Kaniber. Bitte schön.

Michaela Kaniber (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin der festen Überzeugung, in diesem Hohen Hause gibt es niemanden, der älteren Menschen nicht ein selbstbestimmtes Leben im hohen Alter ermöglichen möchte. Von den knapp 13 Millionen Einwohnern Bayerns sind bereits heute rund 2,4 Millionen über 65 Jahre alt, Tendenz steigend. Der Anteil älterer Menschen nimmt dabei schneller zu als jeder andere Bevölkerungsanteil. Mehr Lebenszeit heißt aber auch mehr Vielfalt in der Lebensgestaltung der Menschen. Das gilt erst recht, wenn man berücksichtigt, dass nur 14 % der über 65-Jährigen pflegebedürftig sind. Demnach können 86 % der Menschen ein selbstbestimmtes Leben im Alter führen.

Selbstbestimmt im eigenen Zuhause oder im altersgerechten Haus zu wohnen, ist für viele Menschen auch im Alter der zentrale Wunsch. Wohnen im Alter ist deshalb auch ein Schwerpunkt unserer Politik. Allein 2017 stehen dafür 1;9 Millionen Euro zur Verfügung. Dank der Förderung konnten bisher 15 generationenübergreifende Wohnprojekte und fünf Projekte "Wohnen für Hilfe" entstehen. Die Zahlen zeigen, dass das nicht reicht. Wir dürfen hier alle nicht nachlassen, dafür sprechen auch die Zahlen des demografischen Wandels. Unser gemeinsames Ziel ist es – und das haben wir im Sozialausschuss auch deutlich gemeinsam artikuliert – noch mehr generationenübergreifende Wohnformen zu schaffen. Allerdings, und darauf hat auch die Vertreterin des Sozialministeriums im Sozialausschuss hingewiesen, die noch relativ geringe Zahl von generationenübergreifenden Wohnformen lässt sich nicht damit erklären, dass es hier zu wenig Fördermittel gibt. Das stimmt nicht. Das haben Sie auch gehört, Herr Fahn, Sie wollen es aber anscheinend einfach nicht glauben.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Doch, ich glaube es Ihnen!)

Die volle Fördersumme von 40.000 Euro für die förderfähigen Kosten, für Moderation und Ausstattungsgegenstände, wird nämlich oft gar nicht ausgeschöpft oder benötigt. Sie wird deshalb auch gar nicht ausgereicht. Der Durchschnitt liegt derzeit bei etwa 20.000 Euro, die pro Projekt abgerufen werden. Die Initiatoren und die Investoren benötigen vielmehr die umfassende Beratung und die konkrete Unterstützung beispielsweise bei der Umsetzung einer Idee. Die in Ihrem Antrag geforderte Erhöhung der Förderung von bisher 40.000 Euro auf künftig 100.000 Euro läuft deshalb völlig ins Leere. Es mangelt offenbar an Anträgen und Bedarf. Es gibt anscheinend zu wenig Anfragen.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie Sie wissen, setzt das Konzept "Wohnen für Hilfe" auf das Prinzip der Gegenseitigkeit und bringt Menschen in verschiedenen Lebensphasen zusammen. Auf der einen Seite – wir haben es gehört – sind es junge Menschen im Studium oder in der Ausbildung, die sich häufig keine eigene Wohnung leisten können, ihre Arbeitskraft aber gerne zur Mietersparnis einsetzen wollen und können. Auf der anderen Seite haben wir ältere Menschen, die Unterstützung im Alltag suchen und nicht mehr alleine wohnen möchten. Bisher wurde das Konzept "Wohnen für Hilfe" in elf bayerischen Städten umgesetzt und etabliert, und zwar in Gauting, Starnberg, Erlangen, Fürstenfeldbruck, Bamberg, München, Freising, Landsberg am Lech, Würzburg, Aschaffenburg und Regenstauf. Lieber Herr Fahn, Sie haben gesagt, Sie streichen den Begriff der 100.000 Einwohner. Offenbar haben Sie also den Antrag modifiziert.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Jawohl!)

Es geht nämlich nicht um die Einwohnerzahl, sondern allein um die erhöhte Nachfrage junger Menschen nach günstigem Wohnraum. Schön, dass Sie unserer Argumentation hier folgen.

(Beifall bei der CSU)

Auch bei den generationenübergreifenden Wohnformen fordern die FREIEN WÄHLER eine Anhebung. Sie fordern immer noch mehr Geld, ob man es braucht oder nicht.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sie sind ja so unflexibel!)

Wir aber wollen hier ganz gezielt fördern und unterstützen. Nach Aussage des bayerischen Sozialministeriums ist der bisher verfügbare Betrag hierfür nicht ausgeschöpft worden; im Durchschnitt wurden 30.000 Euro pro Projekt abgerufen. Die Rückmeldungen aus dem Alltag, die Erfahrungswerte der Projektanten sind für mich entscheidend, und sie sind recht eindeutig: Die 40.000 Euro reichen in der Regel aus; die Mittel werden nicht ausgeschöpft.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Erhöhung der Zahl an generationenübergreifenden Wohnformen wie dem Projekt "Wohnen für Hilfe" scheitert also nicht, wie die FREIEN WÄHLER in ihren Anträgen fälschlicherweise suggerieren, an einer zu geringen Förderung des Freistaats

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Hoppla! Was heißt "fälschlicherweise"?)

– mei, ganz ruhig, Herr Fahn! –, sondern daran, dass diese Wohnformen bei den rund 2,4 Millionen Menschen in Bayern, die älter als 65 Jahre sind, und auch bei den jungen Menschen nicht so bekannt sind. Da sind wir uns vielleicht einig.

Aber hier passiert sehr, sehr viel. Ich möchte einige Beispiele nennen. Das Sozialministerium bemüht sich hier um den Bekanntheitsgrad dieser Projekte; nehmen wir die Broschüre "Zu Hause daheim", Veranstaltungsreihen zum Wohnen im Alter, Bewerbung und Vorstellung der Seniorenarbeit in den Landkreisen. Die Fördermöglichkeiten werden in allen politischen Fachzeitschriften bekannt gemacht, natürlich auch im "Bayerischen Gemeindetag". Die fachliche Beratung möglicher Interessenten durch eine eigens geschaffene Koordinationsstelle wird im Übrigen mit noch mehr monetären Mitteln als bisher unterstützt. Schließlich fördern wir neue Ansätze finanziell, wie zum Beispiel "SeLA"; hier ist die Förderung von 40.000 auf 80.000 Euro verbessert worden.

Insgesamt kann man sagen, dass auch wir als Landtagsabgeordnete natürlich gefragt sind, um mit den Kommunen zu reden und um draußen in den Verbänden, in den Vereinigungen Werbung zu machen. Und da sollten wir – das haben wir im Ausschuss sehr deutlich mit Ihnen besprochen; ich weiß nicht, ob Sie es nicht hören wollten – dafür sorgen, dass junge Menschen und ältere Herrschaften genau wissen, auf welches Projekt sie zurückgreifen können. Wenn wir über selbstbestimmtes Leben im Alter reden, sollte man automatisch auch an generationenübergreifende Wohnformen oder an das Projekt "Wohnen für Hilfe" denken.

Ich glaube, wir sind uns einig: Diesen Weg müssen wir konsequent weitergehen. Dann wird auch die Zahl der Menschen steigen, die in solchen Wohnformen selbstbestimmt ihren Lebensabend verbringen können.

Sie haben vorhin noch alle Anträge ausgehöhlt und verändert, lieber Herr Fahn. Das zeigt, was übrig bleibt. Ihre Erkenntnis ist, dass wir generationenübergreifendes Wohnen weiter fördern müssen und sollen. Bei dieser Einstellung waren wir sowieso schon. Für uns reicht allein die Bekundung dieses Wollens für einen Antrag nicht aus. Deswegen lehnen wir Ihre Anträge natürlich ab.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kaniber.

Michaela Kaniber (CSU): Ach, darf ich noch einen Satz sagen?

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ja, wir haben noch eine Zwischenbemerkung.

Michaela Kaniber (CSU): Ja, aber erst, nachdem ich diesen Satz gesagt habe.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Sie haben noch 18 Sekunden Zeit; Sie dürfen noch.

Michaela Kaniber (CSU): Sie haben das nämlich etwas falsch verstanden. Sie haben gesagt: Die Mitarbeiterin aus dem Sozialministerium fand Ihren Antrag inhaltlich ganz toll und richtig. Sie hat sich dabei aber auf die Projekte an sich bezogen, und sie hat die Protokolle auch dahingehend geändert oder ändern lassen.

(Lachen bei den FREIEN WÄHLERN – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Geändert? Sauber!)

Das gehört einfach berichtigt; das kann man so nicht stehen lassen.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Sie kriegen ja gleich noch mal zwei Minuten. Aber jetzt kommt der Herr Dr. Fahn mit zwei Minuten Redezeit.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Also, find ich ja super, dass ich jetzt hör, dass Protokolle geändert wurden. Also, das ist ja was ganz Neues; das finde ich jetzt also in der Form gar nicht in Ordnung, weil ich die Protokolle habe.

(Unruhe)

– Das ist skandalös, sagt der Herr Streibl.

Also, ich hab was gelernt von Ihnen. Sie haben gesagt, wir würden das nur auf das Finanzielle zurückführen. Da haben wir gesagt: Okay. Ich habe ja gelernt aus dieser Diskussion, dass es auch noch um andere Dinge geht, um – zum Beispiel – fachliche Beratung, Beratung von Kommunen, und deswegen den Antrag in dieser Form geändert: "Die Staatsregierung" – und das müssen Sie jetzt dann ablehnen – "wird aufgefordert, generationenübergreifende Wohnformen stärker zu fördern." Da können Sie eigentlich gar nicht dagegen sein. Aber machen Sie das, ist in Ordnung. Da haben Sie gesagt, das lehnen Sie gerne ab – das verstehe ich jetzt zwar nicht –, obwohl Sie eigentlich dafür sind.

Das Projekt "Wohnen für Hilfe" ist insgesamt ganz wichtig. Da sagen Sie immer, es geht um die Finanzierung. Ich hab gestern noch die Unterlagen aus Würzburg bekommen. Die sagen: Sie kriegen, obwohl sie es wollen, überhaupt keine staatliche Förderung. Sie brauchen eigentlich die staatliche Förderung, und sie bekommen keine. Deswegen ist das schon ganz wichtig, dass auch hier konkret angesetzt wird. Und es ist schön, wenn Sie jetzt sagen, es gibt schon elf Städte. Okay; es müssten aber noch viel mehr Städte sein, damit wir dieses geniale Wohnprojekt noch fördern. Dagegen sind Sie doch auch nicht, oder?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön.

Michaela Kaniber (CSU): Herr Fahn, wenn Sie sagen, wir brauchen noch mehr Geld, dann stimmt das, wenn die Gelder vergriffen sind. Aber sie sind nicht vergriffen. Die Fördertöpfe sind nicht ausgereizt. Wenn das eintritt, können wir gerne noch einmal diskutieren.

Im Übrigen finde ich es echt enttäuschend: Vorhin hatten wir ein Vieraugengespräch. Sie haben mich auf das Projekt in Würzburg angesprochen und gesagt, sie hätten keine Fördermittel bekommen. Ich habe Sie dann gefragt, lieber Herr Fahn: Haben Sie denn einen konkreten Hinweis? Haben die denn wirklich einen Antrag in dieser Form gestellt? – Darauf haben Sie gesagt, Sie hätten das bisher noch gar nicht geprüft. – Also, stellen Sie keine Behauptungen auf. – Meine Eltern haben mich gelehrt, gegenüber älteren Herrschaften respektvoll aufzutreten. Klären Sie das doch ab, und dann reden wir weiter!

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kaniber. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Rauscher. Bitte schön, Frau Rauscher.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Selbstbestimmt im Alter zu leben, ist ein schönes Ziel, das jeder von uns natürlich gerne verwirklichen möchte, wenn es denn irgendwann so weit ist. Zu einem wirklich selbstbestimmten Leben gehört auch, selbst entscheiden zu können, wo und wie und mit wem man wohnen möchte.

Die Aktionswoche "Zu Hause daheim" hat gezeigt, dass es für Senioren und Seniorinnen in Bayern viele verschiedene tolle und innovative Wohnformen gibt. Eine davon ist in meinem Landkreis; sie hat den zweiten Platz im Wettbewerb bekommen. Sie hat aber auch gezeigt, dass die Nachfrage deutlich größer ist als das Angebot, unabhängig davon, ob es sich um generationenübergreifende Wohnformen oder um Wohnen unter Senioren handelt. An dieser Situation wird sich so schnell auch nichts ändern, wenn die Staatsregierung in diesem Bereich nicht endlich einen kraftvolleren Einsatz zeigt – durch finanzielle Unterstützung bei der Etablierung der Wohnprojekte zum einen, aber zum anderen – und das ist besonders wichtig – auch im Bereich einer besseren Informationspolitik dazu.

In vielen Gesprächen haben mir ältere Frauen und Männer immer wieder bestätigt, dass sie im Alter gerne ein bisschen mehr Leben um sich hätten, etwa durch spielende Kinder in einem Innenhof, durch junge Leute, denen man begegnet und die vielleicht mal bei der Gartenarbeit oder beim Einkauf helfen, durch die Familien, die sich über einen Babysitter am Abend freuen, denen man vielleicht selbst diese Dienstleistung anbieten kann und mit denen man einfach mal so ins Plaudern kommen kann; denn viele haben berechtigte Angst vor Vereinsamung. Für sie wäre Wohnen zusammen mit unterschiedlichen Generationen die Wohnform schlechthin, sei es im klassischen Mehrgenerationenhaus oder auch im Rahmen

von Quartierskonzepten. Doch noch immer findet leider nur ein Bruchteil der Betroffenen in Bayern so ein Angebot vor.

"Generationenübergreifend" heißt auch, sich gegenseitig dort, wo es nötig ist, unter die Arme zu greifen. Auch hier gibt es, wie schon erwähnt wurde, ganz tolle Konzepte wie das "Wohnen für Hilfe". Gerade in Ballungsräumen oder in Städten, in denen bezahlbarer Wohnraum Mangelware ist, ist das eine großartige Herausforderung für beide Generationen: Die ältere erhält Unterstützung in den Dingen des Alltags, die sie nicht mehr ganz alleine schaffen kann, und die jüngere bekommt Unterstützung durch Wohnraum gegen Hilfe im alltäglichen Leben. So kommt es zu einer Win-win-Situation für alle, einer Situation, die die Staatsregierung mit ein bisschen mehr Einsatz deutlich besser unterstützen könnte und müsste.

(Beifall bei der SPD)

Seit Jahren schon fordert auch die SPD-Landtagsfraktion mehr Engagement für alternative Wohnformen und die Angebote für Mehr-Generationen-Wohnformen; denn den Trend zum selbstbestimmten Wohnen gibt es schon seit einigen Jahren, nicht erst jetzt. Bekannt ist auch, dass die Nachfrage deutlich größer ist als das Angebot. Das ist schon länger bekannt. Im Rahmen der Beratung der Anträge im sozialpolitischen Ausschuss wurde immer wieder darauf verwiesen. Obwohl die Staatsregierung selbst den Bedarf festgestellt hat, lehnt die CSU-Fraktion im Hohen Haus diese Vorstöße permanent als unnötig ab. Das ist schade; denn mit der Zustimmung könnte auch ein starkes politisches Signal gesetzt werden, das die Wichtigkeit des verstärkten Ausbaus noch einmal richtig deutlich machen würde.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Die SPD stimmt heute den Anträgen der FREIEN WÄHLER wie auch schon im Fachausschuss zu. Die finanzielle Unterstützung durch den Freistaat ist notwendig. Das wurde schon erwähnt. Viele trauen sich sonst gar nicht, ein solches Wohnprojekt überhaupt anzugehen. Deshalb hat die SPD in den vergangenen Haushaltsverhandlungen immer wieder mehr finanzielles Engagement gefordert. Außerdem besteht nach wie vor ein hoher Bedarf bei der Öffentlichkeitsarbeit, damit viele Kommunen Nachahmer guter Leuchtturmprojekte werden. An der Umsetzung scheitert es oft, weil Informationen fehlen, wie dieser Wohntraum wahr werden könnte. Oftmals fehlen Ansprech- und Kooperationspartner aufgrund mangelnder Öffentlichkeitsarbeit. Dafür brauchen die Senioren in Bayern mehr Unterstützung. Ein Antrag, der mehr Initiative der Staatsregierung fordert, zielt doch genau darauf ab. Grundsätzlich ist daran überhaupt nichts falsch.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb lassen Sie uns doch heute in dieser Plenarsitzung ein klares Signal für mehr Unterstützung setzen, damit möglichst viele Seniorinnen und Senioren in Bayern ihren persönlichen Wunschtraum im Alter möglichst bald verwirklichen können. Die Anträge gehen in die richtige Richtung.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Rauscher. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Celina. Bitte schön.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Fahn, die Anträge behandeln beide das absolut wichtige Thema "Wohnen im Alter". Mit dem ersten Antrag wird eine höhere Anschubfinanzierung neuer Projekte für generationsübergreifende Wohnformen gefordert. Mit dem zweiten Antrag soll das Konzept "Wohnen für Hilfe" weiter vorangetrieben werden. Ältere Menschen und Azubis bzw. Studierende kommen zusammen, leben zusammen, lernen sich kennen und unterstützen sich. Das Projekt kenne ich gut. Ich komme aus Würzburg. Die Teilnehmer sind begeistert. Das Projekt ist einfach nur gut. Ich glaube, wir sind uns darüber einig, dass solche Projekte nicht nur wichtig sind, um Wohnraum besser zu nutzen, sondern auch, um einen gesellschaftsrelevanten Umbau in der Bevölkerung zu erreichen. Wie kommen Menschen generationsübergreifend näher zusammen? Das müssen wir unterstützen.

Ich muss Ihnen recht geben, dass der Ausbau neuer Wohnformen viel zu langsam vorangeht. Herr Fahn, mich frustriert es genauso wie Sie, dass es nicht schneller geht. Das liegt jedoch nicht in einer fehlenden Anschubfinanzierung begründet. Viele Menschen denken erst dann über eine solche Wohnform nach, wenn sie sie tatsächlich brauchen. Sie wissen jedoch nicht, wie sie das anpacken können. Für eine jahrelange Planung ist es oft zu spät. Mich frustriert es, dass sich Menschen lebensphasenbezogen oft auf traditionelle Wohnformen konzentrieren – die eigene Wohnung, das eigene Haus, am besten mit eigenem Garten. Solange eine Familie im Haus ist, ist das für 99 % der Menschen die beliebteste Wohnform. Ist man aber am Schluss alleine in der Wohnung, ist bereits viel Zeit vergangen, in der man Beziehungen hätte aufbauen können.

Das fängt schon damit an, wie wir Neubaugebiete planen. In begehrten Wohnlagen findet man problemlos Käufer und Architekten, die bereit sind, hohe Preise für traditionelle Bauprojekte zu bezahlen. Jemand mit kreativen Ideen hat normalerweise keine Probleme, einen Bauplatz zu finden oder die Finanzierung zu sichern. Vielmehr müssen sich die Menschen zusammenfinden, die mitmachen wollen. Das ist das größere Problem. Herr Fahn, ich geben Ihnen recht: Wenn sich nicht mehr ändert, werden wir, die wir jetzt im Landtag sitzen, in wenigen Jahren und Jahrzehnten ganz schön einsam in unseren Wohngebieten überall in Bayern sitzen, egal ob in Unterfranken oder Schwaben. Um diese Abschottung zu verhindern, braucht man attraktive Begegnungsräume, sowohl im öffentlichen Raum als auch im Quartiersmanagement als auch in den Wohnprojekten. Tatsächlich müssen wir heute noch nicht einmal mehr zum Einkaufen vor die Tür – Internet macht's möglich. Die Begegnung mit anderen Menschen außerhalb des eigenen Familienkreises wird immer weniger. Vielleicht trifft man sich gelegentlich noch am Wertstoffhof. Aber wo sonst trifft man sich noch im Dorf, in der Stadt oder im Quartier?

Ich glaube, an dieser Stelle greift der Antrag noch zu kurz. Hierfür brauchen wir Stadtpolitik, Quartiersmanagement, Vernetzung und kommunale Initiativen. Eine reine Anschubfinanzierung wird dem Ganzen nicht gerecht. Deswegen werden wir uns bei diesem Antrag enthalten, sind aber froh, dass Sie dieses Problem aufgegriffen haben. Wir werden uns im Landtag in den nächsten Monaten und Jahren immer wieder darüber unterhalten müssen.

Ich möchte noch ein paar Sätze zum Thema "Wohnen für Hilfe" sagen. Ich wünsche mir an dieser Stelle wesentlich mehr Öffentlichkeitsarbeit. Mehr Geld kann dafür hilfreich sein. Das ist aber nicht ganz so einfach. Ich kenne das aus Würzburg. In der regionalen Presse gab es sehr viele Berichte über diese Projekte. Es mangelt nicht an Studenten, die dieses Angebot wahrnehmen wollen, sondern an älteren Leuten, die Wohnraum bereitstellen.

(Die Abgeordneten Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER) und Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER) besprechen sich)

– Ich wäre froh, wenn ich Blickkontakt zu Herrn Fahn haben könnte. Sie stehen mir etwas im Weg.

(Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Entschuldigung!)

Diese Menschen werden eigentlich über die regionale schriftliche Presse sehr gut erreicht. Wie könnten dann mit mehr Geld bessere Ergebnisse erzielt werden? Hierzu fehlen mir noch ganz konkrete Ideen.

Sie haben vorhin auf die Änderung Ihres Antrags hingewiesen. Wenn die im Antrag genannte Begrenzung auf Städte mit mindestens 100.000 Einwohnern wegfallen würde, könnten wir mitgehen. Ob es der bestmögliche Weg ist, weiß ich nicht. Es wäre zumindest ein Weg, "Wohnen für Hilfe" besser zu gestalten.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte kommen Sie zum Schluss.

Kerstin Celina (GRÜNE): Ich bin froh, dass Sie die Anträge gestellt haben. Ich hoffe, dass wir im Landtag in den nächsten Monaten und Jahren bessere Ideen entwickeln werden. Alle Fraktionen sollten zusammenarbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Celina. Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Herr Dr. Fahn hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Eigentlich sind wir uns ziemlich einig. Um auf die genannten Argumente einzugehen, habe ich die Formulierung offengelassen. Deshalb lautet der Antrag: "Die Staatsregierung wird aufgefordert, generationsübergreifende Wohnformen stärker als bisher zu fördern". Das ist der Antrag. Die Anschubfinanzierung habe ich in der Form weggelassen. Das ist nur ein kleines Beispiel. Sie haben völlig recht, es gibt noch viele andere Punkte. Deshalb steht im Antrag nur noch dieser eine Satz. Eigentlich können Sie nicht dagegen sein.

Kerstin Celina (GRÜNE): Ich bin nur davon ausgegangen, dass Sie die Einwohnergrenze von 100.000 im zweiten Antrag fallen lassen wollen. Eine weitere Streichung der Forderung nach einer Anschubfinanzierung war mir nicht bewusst.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Ich lese es noch einmal vor. Ich habe den Antrag in der Form geändert.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, es findet kein Dialog statt. Sie haben sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Die Antwort wurde gegeben. Jetzt haben wir es, oder?

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Das ist in Ordnung.

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin Celina. – Jetzt hat Herr Staatssekretär Hintersberger das Wort. Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Sozialministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unstrittig ist, dass Wohnen ein Urgrundbedürfnis von uns allen ist. Das gilt insbesondere für Familien, aber auch für Menschen im Alter. Darüber gibt es keine Diskussionen. Das ist klar. Die eigene Wohnung zählt zum privaten Lebensraum. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass ältere Menschen in ihren eigenen vier Wänden, wie auch immer diese ausschauen, in Würde alt werden dürfen und alt werden können. Zu Hause, daheim alt werden, so heißt zusammenfassend die Zielsetzung. Den Wunsch der allermeisten Menschen wahr werden zu lassen, ist unser Ziel. Es gibt sehr viele Wohnwünsche älterer Menschen. Ich sage aber klipp und klar: Wir wollen den Menschen keine staatlichen Verordnungen auferlegen,

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Anreize!)

sondern die Menschen sollen sagen, was sie wollen, wo und wie sie leben wollen. Dies kann und soll und darf nach unserer Überzeugung nicht staatlich verordnet werden. Das ist ein wichtiger Punkt.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Das steht nicht drin!)

Dann kam immer wieder die Forderung nach noch mehr. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, das kann man natürlich überall fordern. Diese Dinge liegen auf dem Tisch. Wir haben insgesamt 1,9 Millionen Euro pro Jahr für verschiedene Maßnahmen angesetzt. Für die Koordinationsstelle Wohnen im Alter wurde der Ansatz von 80.000 auf 200.000 Euro erhöht. Wann immer Sie eine Veranstaltung machen, kommen die Menschen zu Ihnen: auf eine Fachtagung, zu einem Termin mit der Zielgruppe vor Ort zu den Quartierskonzepten. Im Rahmen der Förderrichtlinie SeLA – Selbstbestimmtes Leben im Alter – bieten wir Impulsförderungen an und reizen sie aus. Wir haben keinen Antrag auf der Warteliste; wir müssen keinen Antrag wegen finanzieller Deckelungen zurückweisen. Liebe Kollegen, es ist ein Stück weit für das Schaufenster, wenn Sie sagen: Wir brauchen über diese 1,9 Millionen Euro hinaus noch mehr.

Wir brauchen ein Denken daran, dass die Menschen andere Wohnformen wollen. Frau Kaniber und auch Frau Celina haben es angesprochen. Ich sage es noch einmal: Dies möchte ich aber nicht staatlich verordnen, sondern dies muss von den Menschen ausgehen.

So öde, wie dies manchmal hier dargestellt wird, sind unsere Stadtteile, Städte und Gemeinden gar nicht. Wir werden eine gewisse Renaissance erleben: Familien, auch generationenübergreifend, wollen dieses Miteinander aus privater Initiative heraus wesentlich stärker, als das vor zehn oder vor zwanzig Jahren der Fall war. Die Kommunen sind der entscheidende Ansprechpartner, zum Beispiel im Bereich der Quartierskonzepte. Wir haben die Förderrichtlinien für Konzepte der Nahversorgung und der Mobilität auf vier Jahre ausgeweitet. Nachverdichtungen und Zubauten, um generationsübergreifende Möglichkeiten zu bieten und umzusetzen, sind Sache der Kommunen. Hier ist in der Tat viel Information, Aufklärung und Diskussion notwendig und auch machbar.

Die Veranstaltungsreihe "Zu Hause daheim" haben wir zum zweiten Mal aufgelegt. Einige Kollegen waren bei den unterschiedlichsten Veranstaltungen dabei. Es gab in einer Woche über 350 Einzelveranstaltungen flächendeckend in ganz Bayern. Toll! Freilich könnten es noch mehr sein. Es werden nächstes Jahr noch mehr. Voriges Jahr waren es 180; jetzt sind es 350. Wir müssen uns fragen, wo wir ansetzen können, um diese Quartiere im Sinne der Menschen so herzurichten, dass sie sich daheim fühlen, dass die Infrastruktur für die tägliche Nahversorgung ausgebaut wird.

Im Rahmen des landesweiten Innovationspreises "Zu Hause daheim" wurden gute, pfiffige, kreative, innovative Beispiele entwickelt und auch in Flyern und Dokumentationen im Internet dargestellt, um aufgegriffen zu werden.

Frau Kollegin Rauscher, ich wehre mich gegen den Vorwurf, wir würden hier zu wenig machen. Laden Sie uns in Ihren Stimmkreis ein, wohin Sie uns haben wollen! Dann kommen wir, dann machen wir diese Vorschläge, dann bringen wir diese Aspekte ein. In der letzten Woche wurden beispielsweise auf der Messe "Die 66" in einer Podiumsdiskussion – einige Kollegen waren dabei – und an vielen Ständen genau diese Aspekte einem interessierten Publikum nahegebracht.

(Doris Rauscher (SPD): Ich mache mir gleich eine Notiz!)

Was "Wohnen für Hilfe" und "Selbstbestimmt Leben im Alter" betrifft: Die vorhandenen Mittel werden derzeit nicht ausgeschöpft. Es liegt also an uns, diese Aspekte noch stärker zu vermitteln, ohne die Menschen zu sehr zu beeinflussen. Dies ist mir wichtig.

Unsere Maßnahmen werden passgenau entwickelt. Dies ist entscheidend. Die Forderung nach noch mehr, ohne dies verifizieren zu können, ist der falsche Ansatz.

Mit der Förderung konnten generationenübergreifende Wohnprojekte, Quartierskonzepte und "Wohnen für

Hilfe" umgesetzt werden. In einem neuen Flyer und auch im Internet werden die einzelnen Förderrichtlinien dargestellt.

Die bisherigen Mittel reichen aus; sie werden nicht ausgeschöpft. Daher empfehle ich wie Kollegin Kaniber zuvor, diese Anträge abzulehnen. Erörtern und vermitteln Sie mit uns diese Themen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Bevor ich mit den Zwischenbemerkungen fortfahre, darf ich bekannt geben, dass die CSU-Fraktion zu dem Antrag auf Drucksache 17/14222 namentliche Abstimmung beantragt hat. – Zwischenbemerkung: Herr Kollege Dr. Fahn, bitte.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Ich begrüße es, dass es eine namentliche Abstimmung gibt. – Herr Staatssekretär, auch ich will keine staatliche Verordnung. Das haben wir nie gesagt. Es geht darum, vielleicht Anreize zu schaffen, damit es noch mehr wird.

Ich habe eine Schriftliche Anfrage gestellt. In der Antwort wurde vom Sozialministerium ausgeführt, es gebe in Bayern nur 47 generationenübergreifende Wohnformen mit 241 Wohnungen. Darunter steht: Ein Ausbau ist wünschenswert. – Ich habe diese Anregung Ihres Ministeriums aufgenommen und diesen Antrag gestellt, eigentlich in Ihrem Sinn. Bei der Beratung im Ausschuss sagte die Dame vom Ministerium, dass der Antrag in dieser Form richtig sei. Ich habe gesagt, die Finanzierung ist für mich nicht das Primäre, und habe das deswegen im Antrag weggelassen, sodass es nur noch heißt: Die Staatsregierung wird aufgefordert, generationenübergreifende Wohnformen stärker als bisher zu fördern. Das wollen Sie jetzt ablehnen? Ich glaube, da machen Sie einen großen Fehler.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Sozialministerium): Das Zitat der Mitarbeiterin ist gerade richtiggestellt worden. Sie hat sich mit ihrer Aussage auf die Initiative "Wohnen für Hilfe" bezogen. Fangen wir also jetzt nicht irgendwelche Wortklaubereien an.

(Lachen bei den FREIEN WÄHLERN)

Das Zweite war das Mehr in finanzieller Hinsicht. Die Mittel, die uns vom Hohen Haus für die Initiativen zur Verfügung gestellt werden, werden von den Menschen abgerufen, aber nicht in der Höhe, wie wir sie zur Verfügung stellen.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Mehr Werbung machen!)

– Wir machen alle miteinander mehr Werbung; aber es gibt keine Verordnungen des Staates. Wir werben in allen möglichen Medien, auf Fachtagungen, in Konferenzen, bei Messen, in Einzelgesprächen, bei Koordinierungsstellen und vor Ort. Auch bei allen Gesprächen in Mehrgenerationenhäuser und in den Landesarbeitsgemeinschaften stehen diese Themen am Anfang der Tagesordnung. Von daher ist es letztlich nicht richtig, dass man dem Anliegen allein durch ein Mehr an Finanzen entgegenkommt. Dies ist falsch. Von daher ist der Antrag nicht passgenau und nicht zielführend. Er wird von meiner Seite abgelehnt.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatssekretär, verbleiben Sie bitte für eine weitere Zwischenbemerkung am Mikrofon. Bitte schön, Frau Kollegin Rauscher.

Doris Rauscher (SPD): Herr Hintersberger, ich möchte nur ganz kurz auf Ihre Äußerung zur staatlichen Verordnung eingehen. Von staatlicher Verordnung kann bei allen unseren Debatten zu dem Thema der alternativen Wohnformen und des Ausbaus von Wohnformen für Senioren wirklich nicht die Rede sein. Darum geht es nicht.

(Staatssekretär Johannes Hintersberger: Dann ist es ja gut!)

Aber man muss feststellen: Der Bedarf ist wirklich sehr groß. Dass der Staat oder zumindest die Kommunen nicht ganz untätig sind, ist schon klar. Aber man sollte die Kommunen einfach noch stärker ermuntern; denn es fehlt zum Teil an Kooperationspartnern, und es fehlt zum Teil auch an der Bereitschaft, Grundstücke für solche Wohnformen zur Verfügung zu stellen. Das Thema ist ein bisschen komplexer zu betrachten. Aber es steht wirklich fest, dass die Staatsregierung da quasi stärker ermuntern muss. Die älteren Herrschaften rennen zumindest mir die Türen ein. Vor Ort wird wirklich deutlich, dass die Nachfrage groß ist und überall alternative Wohnformen gesucht werden, deswegen die Idee, draußen mit stärkerem Nachdruck dafür zu sorgen, dass solche Wohnformen entstehen.

Ihr Angebot, zu mir in den Landkreis zu kommen, nehme ich gern an. Warten wir mal ab, ob Sie es auch in die Tat umsetzen. Ich bin bei mir im Landkreis sehr dahinter, dass alternative Wohnformen entstehen, weil es wirklich wunderbare Modelle für Senioren sind, die einfach in die heutige Landschaft passen.

(Beifall bei der SPD)

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Sozialministerium): Frau Kollegin Rauscher, machen wir es so, und das ist auch wirklich zielführend. Ich komme zu Ihnen, und dann sprechen wir ganz konkret über die Möglichkeiten, die wir realisieren können. Dafür brauchen wir aber keine zusätzlichen Gelder; denn die Gelder, die wir haben, werden nicht abgerufen.

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Es wurde namentliche Abstimmung beantragt. Wir dürfen diese namentliche Abstimmung von der Zeit her aber jetzt noch nicht durchführen.

Ich rufe daher den **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u. a. (SPD)
Irreführende Werbung für sogenannte "Kinderlebensmittel" verbieten (Drs. 17/15502)

Als Erster darf ich Frau Kollegin Müller das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wer kennt die Werbeslogans aus dem Fernsehen nicht? "So wertvoll wie ein kleines Steak" oder "Für die Extraportion Milch" oder "Gesunde Vitamine naschen". All das suggeriert, dass Kinderlebensmittel gesund und für das Aufwachsen glücklicher Kinder notwendig sind. Wenn solche Lebensmittel auch noch mit Prinzessin Lillifee, Star-Wars-Helden oder Sammelbildchen aufgepeppt werden, werden Kinder gezielt angesprochen und Eltern schwach. Am Schluss landen aber keine gesunden Vitamine im Einkaufswagen, sondern mehr Fett und Zucker, als man denkt. Die Werbestrategen in den großen Konzernen lassen sich viel einfallen, um dem Verbraucher das Geld aus der Tasche zu ziehen.

Bei der Vielfalt der Angebote und der ständigen Informations- und Bilderflut fällt es vielen Menschen schwer zu differenzieren, was tatsächlich gesund und für die Ernährung der Kinder wertvoll ist. Sie alle kennen Frühstücksflocken, die den Anschein erwecken, gesund zu sein. Allerdings weisen 85 % der Flocken Untersuchungen zufolge einen Zuckergehalt von mindestens 20 % auf. Das ist weder gesund noch sinnvoll und zudem noch überteuert.

(Beifall bei der SPD)

Das Bayerische Gesundheitsministerium verwendet viel Zeit und Energie und gibt viel Geld aus, um wunderbare Präventionsprojekte zu starten. So kann man im bayerischen Präventionsplan nachlesen, dass es Programme gibt wie GeliS, "Gesund leben in der Schwangerschaft". Hier sollen die Mütter an einen gesunden Lebensstil während der Schwangerschaft herangeführt werden. "Gesund und fit im Kinder-Alltag" zeigt sechs Wege zur kindgerechten Ernährung und Bewegung auf. In Zusammenarbeit mit den Zahnärzten wird die Aktion "Seelöwe" durchgeführt, um die Zahngesundheit zu fördern. Nicht zuletzt geben wir für die Vernetzungsstellen Schulverpflegung und für das EU-Schulobst- und -gemüseprogramm – Schulfruchtprogramm – in Schulen und Kitas viel Geld aus und erreichen damit auch tatsächlich viele Kinder und Jugendliche, um ihnen Obst und Gemüse schmackhaft zu machen. Allerdings gibt es bisher noch kein Projekt, um Eltern und Kinder vor den Gefahren von Zucker zu warnen.

Doch all die guten Bemühungen werden konterkariert durch das Zuckerbomben-Marketing der großen Konzerne, die um den Lebensmittelmarkt und die künftigen Verbraucher buhlen. Die Bildungs- und Aufklärungskampagnen sind wichtig und wertvoll und setzen auf die Eigenverantwortung des Verbrauchers. Doch sollten wir uns nichts vormachen: Nicht jede Familie hat Zeit und Lust oder die Möglichkeit, an den genannten Programmen teilzunehmen. Untersuchungen haben gezeigt, dass ein zehnjähriges Kind in Deutschland rund 100 Werbespots am Tag sieht und hört. Deshalb dürfen wir den Einfluss der Kinder auf das Kaufverhalten der Eltern nicht unterschätzen. Kinder brauchen weder eine Extrawurst mit Bärchen-Motiv noch eine Extraportion Milch in Schokolade, die Mütter schon von ihren Müttern bekommen haben.

Wir wollen, dass unsere bayerischen Kinder gesund aufwachsen und nicht in eine chronische Adipositas hineinwachsen, die lebenslange Behandlungen und Probleme mit sich bringt. Wir wollen, dass Familien beim Einkauf wissen, was in ihrem Einkaufskorb und damit auf dem Esstisch landet.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen jetzt dringend handeln; denn wir sehen mit dem Wegfall der Zuckerquote auch schon die nächste Gefahr am Verbraucherhimmel aufziehen. Mit dem Wegfall der Quote wird Isoglukose aus Amerika auf den europäischen Markt drängen. Isoglukose ist billiger herzustellen und ein Zuckerersatzstoff aus Maisstärke und Fruchtzucker. Der künstliche Zucker steigert das Risiko für Bluthochdruck und für Diabetes Typ II. Der Antwort der Staatsregierung auf die Anfrage meines Kollegen Herbert Kränzlein – Drucksache 17/16937 – ist zu entnehmen, dass bisher noch gar kein Handlungsbedarf gesehen wird und die Gefahr noch gar nicht erkannt ist. Das sollte sich schleunigst ändern; denn der bayerische Präventionsplan ist nur